Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/893

06. 10. 87

Sachgebiet 76

Antrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

Bundesdeutsche Beiträge zu Lösungsansätzen für die internationale Verschuldungskrise

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die internationale Schuldenkrise stellt nach wie vor eine ernstzunehmende globale Bedrohung dar. Die Versuche der multilateralen Finanzinstitutionen, die Krise zu managen, haben das Problem auf der monetären Ebene nur unwesentlich und phasenweise entschärfen können. Auch die neuen Instrumente, wie die Umwandlung von Forderungen in Beteiligungen, stellen keinen Durchbruch dar. Bezogen auf die soziale Wirklichkeit in den verschuldeten Ländern, ihre Demokratieentwicklung und die natürlichen Lebensgrundlagen hatten sie verheerende Auswirkungen. Deshalb ist der Deutsche Bundestag der Ansicht, daß diese Politik sofort beendet und durch eine neue Krisenlösungsstrategie ersetzt werden muß. Die Zwangsintegration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt muß aufgehoben werden zugunsten binnenmarkt- und selbsthilfeorientierter Entwicklungswege, die gleichermaßen Rücksicht nehmen auf soziale, ökologische und emanzipatorische Bedürfnisse der Bevölkerung.

Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

1. den bisherigen Anpassungsstrategien von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank ihre Unterstützung zu entziehen;

2. die Initiative für eine internationale Schuldenkonferenz zu ergreifen. Diese soll mit Hinsicht auf die, alle verschuldeten Länder gleichermaßen betreffende, aggressive Kreditpolitik der Geschäftsbanken globale Richtlinien für eine umfassende Schuldenstreichung vereinbaren. Der globale Ansatz soll dabei Raum lassen für länderspezifische Differenzierungen, die das Ausmaß der durch Korruption, Kapitalflucht und Waffenkäufe gekennzeichneten Eigenschuld der Entwicklungsländerregierungen in Rechnung stellen und auf dem Verhandlungswege für Abhilfe sorgen. Auf der Konferenz sollen alle für die Schuldenkrise Verantwortlichen (Gläubiger- und Schuldnerländer,

Geschäftsbanken, multilaterale Finanzinstitutionen) gleichberechtigt vertreten sein;

3. im Rahmen der nächsten Interimstagung von IWF und Weltbank im Frühjahr 1988 in der eigentlichen weltwirtschaftlichen Lenkungsgruppe, der Gruppe der „Fünf", einen konkreten Vorschlag einzubringen, der die Verhandlungsposition der führenden Industrieländer auf der in Aussicht genommenen Schuldenkonferenz skizziert;

4. die Initiative zu ergreifen, daß die Tagesordnung der nächsten Jahrestagung von IWF und Weltbank in West-Berlin eine Beschlußfassung über einen Fahrplan des Entschuldungsprozesses vorsieht;

5. als Signal des guten Willens und als Einstieg in den Entschuldungsprozeß

   — alle Forderungen gegenüber Dritte-Welt-Ländern aus vergangenen Entwicklungshilfekrediten umgehend zu streichen und zukünftige Hilfe ausschließlich in Form von Zuschüssen zu vergeben. Gelder der bilateralen Entwicklungshilfe dürfen nicht unter den Strukturanpassungsansatz der Weltbank subsummiert werden,

   — ihre Forderungen gegenüber Dritte-Welt-Ländern aus Schadenszahlungen für Hermes-Exportbürgschaften umgehend zu streichen und auf dieses Instrument der Exportförderung gegenüber Entwicklungsländern in Zukunft zu verzichten;

6. die bundesdeutschen Geschäftsbanken zu einer Streichung ihrer Forderungen gegenüber Dritte-Welt-Ländern zu bewegen. Angesichts der hervorragenden Gewinne und steuerlich begünstigten Rückstellungen der vergangenen Jahre sind dafür keinerlei öffentliche Mittel erforderlich. Die von den Banken vorgenommenen Wertberichtigungen hatten bisher keine entlastende Wirkung für die Entwicklungsländer;

7. sich bei den laufenden Verhandlungen über das Weltwirtschaftssystem (z. B. GATT) für strukturelle Veränderungen zugunsten der Ärmsten und Schwächsten in der Dritten Welt und für gezielte Schritte in Richtung auf eine solidarische und gerechte Weltordnung einzusetzen.

Bonn, den 6. Oktober 1987

Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion

Begründung

Zahlreiche Länder der Dritten Welt sind so hoch verschuldet, daß sie ihren Schuldendienst im Rahmen eines normalen Wirtschaftsverkehrs nicht mehr leisten können. Die Ursachen der enormen Verschuldung liegen zum einen in einer übergroßen Liquidität der Geschäftsbanken der Industrieländer und ihrer aggressiven Kreditpolitik, die zugunsten kurzfristiger Bilanzgewinne massive Langzeitschäden in Kauf nimmt. Zum anderen sind zahlreiche

Regime in den verschuldeten Ländern selbst verantwortlich zu machen, weil sie dem westlichen Industrialisierungsmodell folgend die erhaltenen Kredite fehlinvestiert haben. Ein großes Kreditvolumen wurde in Rüstungsgüter gesteckt, floß in die Privatschatullen herrschender Kreise oder wurde als Fluchtkapital ins Ausland transferiert.

Der von den westlichen Industrienationen – allen voran die USA und die Bundesrepublik Deutschland – kontrollierte Internationale Währungsfonds (IWF) versucht, die verschuldeten Länder zu zwingen, ihre Volkswirtschaft vollständig auf die Devisenerwirtschaftung umzustellen, damit sie so die fälligen Zinszahlungen leisten können. Seine „Anpassungsmaßnahmen" bedeuten dabei im Prinzip eine Auflagenpolitik, die tief in die nationale Souveränität der verschuldeten Länder eingreift. Wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, ist diese Politik des IWF nicht geeignet, die monetären Probleme zu lösen. Ganz im Gegenteil: Diese Politik hat schlimme Konsequenzen, die eine Lösung der Krise im Interesse der armen Bevölkerungsschichten in den betroffenen Ländern erst recht unmöglich erscheinen läßt.

Die vom IWF erzwungene Ausrichtung der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer auf die Exportproduktion und die damit einhergehende Austerity-Politik führen zu einer Zerstörung der einheimischen Wirtschaftspotentiale, zu einem dramatischen Absinken des Lebensstandards breiter Teile der Bevölkerung unter die Überlebensgrenze, zu repressiven politischen Maßnahmen durch die herrschenden Regierungen. Die Menschen haben zu leiden unter einer Erhöhung der Nahrungsmittelpreise, unter zunehmender Arbeitslosigkeit, unter einer Verknappung des Nahrungsmittelangebots, unter massivem Abbau von Sozialleistungen. Ihre soziale Gegenwehr wird oft blutig unterdrückt.

Die Zwangsintegration der verschuldeten Länder in den Weltmarkt hat zur Folge, daß den Industrieländern ständig ein starker Strom von Waren aus den Entwicklungsländern zur Verfügung steht, deren Preise wegen des künstlich produzierten Überangebotes auf dem Weltmarkt fallen. Auf diese Weise erfahren die für die Entwicklungsländer ohnehin schon negativen Austauschbedingungen auf dem Weltmarkt eine weitere Verschlechterung. Die Verschuldungskrise erweist sich als Ausdruck und Folge eines im Kern ungerechten Weltwirtschaftssystems.

Umkehr der Entwicklungsrichtung

Das Schuldenproblem muß gelöst werden, damit die verschuldeten Länder überhaupt erst wieder die Chance erhalten, eigenständige Entwicklungswege einzuschlagen, die den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung entsprechen. Ziel aller politischen Anstrengungen ist die Umkehr der internationalen Finanzpolitik. Statt der Zwangsintegration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt muß sie eine Volkswirtschaft zum Ziel haben, die auf die innere Entwicklung eines Landes orientiert ist und die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit im Auge hat. Dies bedeutet nicht die vollständige Abkopplung vom Welt-

markt, wohl aber eine Tendenzwende vorzugsweise hin zu einer stärkeren Binnenorientierung.

Umfassende Streichung der Schulden

Eine neue Entwicklung ist nicht möglich, wenn die Länder der Dritten Welt weiterhin in der Schuldenfalle gefangen bleiben. Deshalb müssen die Schulden der Entwicklungsländer aus privaten und öffentlichen Krediten umfassend gestrichen werden. Die Schuldenstreichung soll einem globalen Muster folgen, das allerdings länderspezifische Variationen zuläßt, die die Eigenschuld an der Misere wie etwa Kapitalflucht, Rüstungsproduktion oder hemmungslose Bereicherung der Eliten mit einkalkuliert. Die konkreten Bedingungen der Schuldenstreichung sollten auf einer internationalen Schuldenkonferenz ausgehandelt werden, auf der die Industrieländer nicht die Stimmenmehrheit haben dürfen. Bis es zu ernsthaften Verhandlungen über die Streichung der Schulden kommt, soll ein Schuldenmoratorium ausgerufen werden.

Die umfassende Streichung der Schulden ist finanzierbar. Es muß allerdings ein Ansatz gefunden werden, der über technische Maßnahmen wie Kapitalisierung der Zinsen, Recycling und Enteignung von Fluchtgeldern etc. hinausgeht. Die Geschäftsbanken haben in den letzten Jahren derartig hohe Gewinne erzielt, nicht zuletzt durch Dritte-Welt-Geschäfte, daß sie die fälligen Abschreibungsverluste durch ihre Rücklagen decken können, zumal sie durch ihre steuermindernde Wirkung teilweise der Allgemeinheit aufgebürdet werden.

Falls die öffentliche Hand einspringen muß, um zur Verhinderung von Bankenzusammenbrüchen deren Ausfälle zu decken, darf dies nur gegen die Übertragung von Eigentums- und Kontrollrechten an die öffentliche Hand geschehen. In den Rüstungshaushalten der Industrienationen stehen genügend große Geldvolumina bereit, mit denen die Schuldenstreichung finanziert werden kann.

Abrüstungs- und Entwicklungspolitik gehören zusammen. Es gibt keinen dauerhaften Frieden ohne eine neue Weltwirtschaftsordnung.

Unterstützung von Emanzipations- und Befreiungsbewegungen

Die den verschuldeten Ländern verschriebene Austerity-Politik führt gewöhnlich zu massiven Repressionen gegenüber der Bevölkerung. Dennoch gibt es keine eindeutige Kongruenz zwischen der außenwirtschaftlichen Situation eines Landes und dem Standard der inneren Demokratisierung. Ein Abbau des finanzpolitischen Drucks soll jedoch die Handlungsspielräume von Befreiungs- und Emanzipationsbewegungen erweitern. Ein Anwachsen emanzipatorischer Prozesse kann umgekehrt die Chance für eine Veränderung der nationalen Position zu den internationalen Wirtschaftsprozessen erhöhen.

Damit die innenpolitischen Spielräume, die durch eine Streichung der Schulden geschaffen werden, nicht von autoritären Regimen zum eigenen Nutzen und zu Lasten der Bevölkerung genutzt

werden, muß die Schuldenstreichung Hand in Hand gehen mit einer politischen Unterstützung der Emanzipations- und Demokratisierungsprozesse im betreffenden Land. Ohne eine Politik „alternativer Erpressung" in Kraft zu setzen, muß der Verhandlungsprozeß über die Modalitäten der Schuldenstreichung die Demokratisierung der verschuldeten Länder, die Bekämpfung von Korruption und übermäßiger Bürokratisierung zum Ziel haben.

Der Internationale Währungsfonds

Der IWF muß aus seiner Funktion als Dompteur der Dritten Welt entlassen werden. Solange eine multilaterale Institution gebraucht wird, die im Rahmen der Weltwirtschaft regionale und nationale Ungleichheiten reguliert, darf die Stimmenverteilung dort nicht entsprechend der volkswirtschaftlichen Leistungskraft eines Landes getroffen werden; vielmehr muß ähnlich wie bei den Vereinten Nationen jedes Land eine Stimme besitzen. Eine solche Instanz kann aber nur im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung eine neue positive Aufgabendefinition der weltwirtschaftlichen Steuerung bekommen.

Deshalb ist unter den jetzigen Bedingungen eine Quotenerhöhung für den IWF abzulehnen. Die Verschuldungskrise läßt sich mit einer Erweiterung der liquiden Mittel allein nicht lösen. Aus diesem Grunde ist auch dem sogenannten Baker-Plan und allen ähnlichen Vorhaben eine deutliche politische Absage zu erteilen. Die in jüngster Zeit in Konjunktur gekommenen Finanztechniken wie Debt to Equity Swaps etc. bringen lediglich eine Entkrampfung für die Lage der Geschäftsbanken, ohne daß dies zu einer nachhaltigen Verbesserung der Entwicklungsländersituation führt. Es ist im Gegenteil zu befürchten, daß auf diese Weise nicht nur bewegliche Güter über den Weltmarkt in die Industrieländer transferiert werden, sondern auch Immobilien wie Grund und Boden und Produktionsmittel in den Besitz der reichen Industrienationen übergehen.

Die Weltbank

Die Weltbank ist zunehmend in das Fahrwasser der Auflagenpolitik des IWF geraten. Sie finanziert in den betreffenden Ländern die materiellen Strukturanpassungen, die vom IWF politisch gefordert werden. Diese Weltbankpolitik ist abzulehnen. Die Weltbank kann nur dann eine sinnvolle Institution sein, wenn sie sich eindeutig entwicklungspolitischen Zielen verschreibt. Diese Ziele können nur in der Förderung von eigenständigen, binnenorientierten Entwicklungswegen liegen, die auf die Versorgung der Bevölkerungsmehrheiten mit Grundbedarfsmitteln ausgerichtet sind. Erst auf einer solchen Basis kann es eine erweiterte Produktion geben, die auch den internationalen Austausch zum Ziel hat.

Um einer solchen neuen Aufgabenstellung gerecht zu werden, muß die Weltbank dezentralisiert werden. Denkbar ist die Aufteilung der Bank in drei regionale Entwicklungsfonds für Lateiname-

rika, Afrika und Asien. Kapital und Know-how der Bank sollen den Regionen zur Verfügung gestellt werden, damit sie entsprechend den selbst definierten Bedürfnissen der Regionen genutzt werden. Konsequenterweise soll die Bank zu einem Fonds umorganisiert werden, der keinen kommerziellen Gesichtspunkten folgt und seine Projektpolitik nicht am Kriterium der Rentabilität im Weltmarktzusammenhang ausrichtet.

Entwicklungsfinanzierung

Die Entwicklungsländer werden auch nach einer Streichung der Schulden weiterhin auf Kapitalzuflüsse aus den Industrieländern angewiesen sein. Entwicklungshilfeleistungen sind aber nicht an sich wertvoll, sondern nur dann, wenn sie in den Rahmen von Binnen- und Grundbedürfnisorientierungen passen. Nur in einem solchen Zusammenhang sind Entwicklungshilfeleistungen durch die Industrienationen deutlich auszuweiten. Finanzielle Leistungen dürfen deshalb keinen kommerziellen Gesichtspunkten folgen. Der Kreditverkehr zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern muß daraufhin kontrolliert werden, ob er dem Ziele der Entwicklungsfinanzierung im beschriebenen Sinne dient. Unter diesem Blickwinkel ist das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit neu eingeführte Instrument der Strukturhilfen außerordentlich skeptisch zu beurteilen.

Neue Weltwirtschaftsordnung

Die Streichung der Schulden bedeutet nicht die Lösung der Entwicklungsprobleme. Sie bildet nur den Einstieg in eine neue Diskussion über veränderte weltwirtschaftliche Strukturen. Wenn die Ordnung der Weltwirtschaft nicht eine grundsätzliche Umstrukturierung erfährt, wird sich auch bei aller Streichung der Schulden in wenigen Jahren die gleiche Misere wiederholen. Deshalb ist die gesamte Weltwirtschaft auf der Basis von Solidarität und Gerechtigkeit neu zu organiseren. Dies betrifft den internationalen Handel und den internationalen Kapitalverkehr ebenso wie die bilaterale oder multilaterale Investitionspolitik. Der internationale Handel darf nicht allein den Mechanismen des Weltmarktes überlassen werden, sondern muß nach rationalen Kriterien organisiert werden, die eine Verbesserung des Lebensstandards für die armen Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern und in den Industrieländern zum Ziele haben. Internationale Abkommen über den Handel oder über die gemeinsame Nutzung von Ressourcen können dabei sinnvoll sein, wenn sie nicht die Interessen der Industrieländer in den Vordergrund rükken und die Exportabhängigkeit der Entwicklungsländer verfestigen. Die Macht der multinationalen Konzerne muß kontrolliert und gebrochen werden. Es darf nicht länger hingenommen werden, daß korrupte und reaktionäre Regime in den Entwicklungsländern unterstützt werden, weil sich über sie die Wirtschaftsinteressen der Industrieländer durchsetzen lassen.



Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333